



# AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

MDR distanziert sich  
von Getwittere eines  
oberen Mitarbeiters

Lokalredakteur wirbt  
für Gegenpartei

Landesbeauftragter  
arbeitet Ostmentalität  
auf



Partei und Presse in Staatspanik

# Letztes Sommerloch vor den Kipppunkten



## Das kommt weg

**Wenn sie etwas abschneidet, müsste die Ost-Tangente nicht eher Sekante genannt werden? Das wird vielleicht das einzige, worüber die Bürger mitentscheiden können**

Nachhaltig entsetzt ist das Pärchen, das ins Bauplanungsamt zur Einsicht in die Akten kam, über den süffisanten Blick, mit dem die Mitarbeiter sie aushändigten. Er, der Mann, sei überhaupt erst der dritte, der das wolle. ‚Na dann schauen Sie mal schön‘, so interpretierte er die schweigende Ansage, mit der ihm die fünf Ordner bildlich gesprochen um die Ohren geknallt wur-

den. Kopien könne er mitnehmen, ansonsten wäre alles im Internet einsehbar gewesen, da habe alles ausgelegen.

Man muss eben wissen, wo.

Und dass ein Bedarf besteht, sich zu kümmern.

Wer das weiß, sitzt höchstwahrscheinlich selbst im Stadtrat.

Die Auslegefrist ist inzwischen abgelaufen, am 11. August endet die Frist für Einwände.

Das Pärchen wohnt in einem alten Haus, das, so sind die Planungen zu verstehen, der Straßenverbreiterung zu weichen hat, aber als nur mietende Bewohner müssen sie nicht wie der Eigentümer einbezogen werden, und der ist kommunalistisch. Erfahren haben sie von der Angelegenheit durch eine Eigentümerin benachbarter Garagen, die noch nicht weiß, dass sie verkaufen wird.

Interessanterweise ist unklar, an wen eigentlich. Nicht die Stadt tritt auf als Straßenbaulastträger, soweit es zu verstehen ist. Wer das aber sein soll, wird nicht gesagt, Datenschutz.

Ein Fall von „Was wir wissen/Was wir nicht wissen“. Wir wissen nicht, wer da in welcher Rechtsform wieviel Geld kriegt und zahlt. Was wir wissen: Hier ist Jena, das hört sich schon korrupt an. Und: Es gibt nicht „die“ Amerikaner, komischerweise ist noch nichts von Klimaprotesten bekannt, nur die Plakatwände des Plakatwändebetreibers werden besonders zuvorkommend berücksichtigt. Die Garagenbesitzerin könnte einen Verkauf an jemand anderen einleiten, so dass in Erfahrung zu bringen wäre, wer sein Vorkaufsrecht ausübt.

Wie die Sache ausgeglichen wird, um Klimaneutralität zu erreichen, ist auch nicht bekannt, was nicht bedeutet, dass es dazu nichts gibt; möglicherweise muss dafür ein weiterer Klimakoordinator eingestellt werden.

Die wenigsten Jenaer wohnen an der künftigen Osttangente, schon gar nicht der Stadtrat, aber alle geht es an, wie mit denen, die es unmittelbar betrifft, umgegangen wird. Das kann eben doch jeder sein.

Immer wird wer weiß wie auf den Schutz der Mieter gewiesen, aber halt nur, wenn es darum geht, die reichen Vermieter abzukassieren, und nicht, wenn der Vermieter städtisch ist oder wenn die Mieter in ihre eigenen Belange einbezogen werden wollen.

Ein eingehendes Befassen mit dem Stoff ist zwar nicht ausgeschlossen, aber nicht gerade so direkt vorgesehen.

Die Blätter seien richtig nett gestaltet, schön übersichtlich, hellblau hervorgehoben, was baulich verändert werden wird, das Design ist also viel bürgernäher als das Verfahren. Gemäß dem, was auf dem Amt mitgeteilt wird, freuen sich die Anwohner auf die Wiederaufforstung. Die Bäume müssen vorübergehend abgeholzt werden.

Noch was richtig Ärgerliches. In dem Bekanntmachungszettel steht im Punkt Auslegung der Planungsunterlagen „Gemäß Gesetzes“. Zu blöd für Grammatik.

## Neuer Aldi

In Lobeda-Ost wurde ein neuer Aldi-Markt eröffnet. Das Interesse der Kunden ist groß, alle wollen sehen, ob die Schadenersatzzahlungen der Stadt an den Investor durch Umlage auf die Preise an die Käufer weitergegeben werden.

## Hitze

In Jena ist es heiß, weil Sommer auf Klima trifft. Die Jenaer können es kaum erwarten, wenn sie klimaneutral geworden sind und die Hitze an den anderen liegt.

## Sprechstunden

Die örtlichen Bundestagsabgeordneten der Fortschrittskoalition hielten in ihren Wahlkreisbüros Sprechstunden mit

Bürgern. Die Bürger kamen, um sich zu vergewissern, dass die Abgeordneten wirklich meinen, sie müssten die Politik der Partei nur noch besser kommunizieren.

## Bad frei

Kinder können während der Sommerferien in die Jenaer Freibäder kostenlos. Das funktioniert halt, wenn Dreizehnjährige noch nicht ausgewachsen sind.

## Beschmierung

Stationen am Jenzig-Lehrpfad wurden von Unbekannten besprüht, der Sachschaden wird auf über viertausend Euro geschätzt. Die Schriftzüge und Zeichen sind unverständlich, was darauf hindeutet, dass hier jemand den Verdacht auf die Grünen Jugend lenken will.



# Lokalredaktionsleiter macht Werbung für die Gegenpartei

Es stehen keine Wahlen an, aber in einer Demokratie können auch Umfragen unsere Demokratie in Gefahr bringen, weil die zu Wählenden sich nicht sicher sein können, dass alle Wählenden richtig verstanden haben, was sie tun sollen.

Der örtliche Redaktionsleiter der Parteizeitung hat in seiner Kolumne, hier jetzt in speziell der, um die es geht, mitgeteilt, auch im Stadtrat gebe es die Fraktion der Gegenpartei und die sei aber immer nur dagegen.

Bei den Abonnenten, bei denen, die freiwillig dafür Geld entrichten, ist Dagegensein natürlich äußerst negativ besetzt. Aber denen muss man sowieso schon nichts weiter erzählen. Die Gefahr lauert bei denen, die unfreiwillig dafür bezahlen, und angesichts des ganzen Blödsinns, etwa des Klimakorruptionsplans und all der anderen Geldbeschaffungsprogramme, wo schon eine Verbesserung darin bestehen würde, es bleibenzulassen, bei jenen anderen also dürfte die Wirkung sein: ach, es gibt eine Partei, die bei der ruinösen arroganten grünaltersschwachsinnigen linksverfaulenden Politik ein Alibi hat, und die gleichgelagerte und ähnlichgeschaltete Presse will sie nicht?

Er hätte ihr mehr eins 'reinwürgen können, wenn er geschrieben hätte, die sind auch immer dafür. Oder tun nur etwas distanziert wie die FDP. So aber macht er eine Spalte lang Wahlwerbung für die Gegenpartei.

An dem Zustand, dass Dagegensein zum Schinken der Hoffnung (Annalena Baerbock) wird, sind



die Dagegenseier in der Lesart einfacher Bürger vermindert schuld. Ihnen geht es zuallerletzt um Parteien, den Journalisten aber zuvorderst. Da spalten die unteren Bürger schon wieder.

Und dass die Wirkung eines Zeitungstextes der Absicht entgegensteht, ist journalistischer

Standard, es geht auch da nicht um die Leser, sondern um die Bekundung des eigenen Bemühens, den persönlichen Auftrag noch bewusster zu erfüllen, um nach der nächsten Schrumpfung übernommen zu werden wegen Unabkömmlichkeit, die man mit so was unter Beweis gestellt hat. ●



## IMPRESSUM

**Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung** seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

**Druck** Kein Druck, nur Digitalvernetzung

**Geplante Erscheinungsweise** so regelmäßig wie möglich

**Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund, verantwortlich im Sinne des Presserechts** der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

**Anregungen und Aufregungen** an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

**Internetseite** [www.seniorenakruetzel.blogspot.de](http://www.seniorenakruetzel.blogspot.de)

# Report

## Unterzieht der MDR seine Mitarbeiter einem Demokratiecheck?

Die Demokratie ist ins Gerade gekommen, seitdem Menschen unsere Demokratie angreifen, wie man immer häufiger liest und hört.

Zwei Dinge bedeutet Demokratie: dass es unser Geld ist, auch wenn es im Haushalt verplant wurde, und dass ein Wechsel durch Wahlen möglich ist.

Nun ist ein aufmerksamer MDR-Mitarbeiter wohl zu dem Meinungsbild gelangt, dies sei nach einer Landkreiswahl dort nicht mehr der Fall, weshalb er von seiner Meinungsfreiheit öffentlichen Gebrauch machte und auf Twitter dazu aufforderte, diesen Landkreis zu boykottieren.

Dies zeugt von hoher demokratischer Reife; wir sind schuld an unserer Regierung, an den Wahlergebnissen und an der Politik.

Niemand sonst.

Wählt ein Landkreis so, dass

fortan die Macht mit Gewalt erhalten wird, waren die Leute selbst schuld und sollen später nichts erzählen.

Beeindruckt vom Mut, für Demokratie einzutreten und sich mit klarer Haltung zu positionieren, auch gegen die eigenen Gebührenzahler, fragten wir uns, ob der MDR bei der Auswahl aller Mitarbeiter die klare demokratische Ambition überprüft, und baten bei der MDR-Pressestelle um die Auskunft: „Da, wie Ihnen sicher bekannt, ein auf Twitter als MDR-Mitarbeiter firmierender Mann zum Boykott des Landkreises Sonneberg aufgefordert hat, bitten wir um die Auskunft, ob der MDR seine Mitarbeiter einem Demokratiecheck unterzieht.“

Ein Sprecher des MDR antwortete sogleich und anscheinend vorbereitet: „Der von Ihnen thematisierte Tweet spiegelt in keinsten

Weise die Sichtweise des MDR! Wir distanzieren uns in aller Deutlichkeit von dieser Aussage. Der MDR steht mit seinen Angeboten für sorgfältigen, ausgewogenen und neutralen Journalismus – diese Verantwortung nehmen wir sehr ernst.

Michael Voß spricht auf seinem privaten Twitter-Account nicht für den MDR. Er gibt ausdrücklich seine Privatmeinung wieder. Der MDR erwartet von allen seinen Mitarbeitenden auch auf Social Media ein verantwortungsbewusstes Agieren, dafür haben wir auch Richtlinien und wir sensibilisieren unsere Mitarbeitenden zudem regelmäßig. Wir werden dies intern professionell aufarbeiten.“

Was, der MDR distanziert sich? Vom demokratischen Verantwortungsgefühl? Eines zivilcouragierten Demokraten? Soll aus denen mal einer schlau werden. ●



# Wichtige Personen sagen Sachen von Relevanz

Uns wird häufig unterstellt, wir suchten gezielt nach Erscheinungen von Inkompetenz und Machtanmaßung, aber das stimmt nicht, wir suchen gezielt nach Erscheinungen, die nicht dazu gehören.

Der Innenminister Thüringens hat derzeit eine ganz gute mediale Präsenz für seine Verhältnisse, er wird bundesweit interviewt zu Thüringen wie gerade wieder im Deutschlandfunk.

Da kommen also drei Dinge von Relevanz zusammen; Deutschlandfunk, Interview und Minister. Eigentlich müssten wir das behandeln, aber wir haben es uns nicht angehört, wir haben ausgeschaltet. Wir ertragen den nicht.

Vielleicht haben ja Sie das Gespräch gehört und können uns was dazu sagen.

Meinung oder Fakt? Wer wollte da spalten, wenn die Überschrift eines Artikels von TLZ-Gerlinde lautet: „Einsatz für solidarischen Zusammenhalt wichtig“, und wer wollte überprüfen, ob die wirklich erst nach der Wende zu dieser Zeitung gestoßen ist.

Sie verweist auf einen Artikel weiter hinten im Blatt, worin ein vormaliger Thüringer Spitzenpolitiker zu Wort kommt, SPD-Lan-

desvorsitzender, Minister, Bundestagsabgeordneter, der, wo man immer erst überlegt, ist das Sachsens Ministerpräsident oder Prinz Harry, der präsentiert sich derzeit mit der Haupt- und Kernbotschaft, man solle „viel stärker die Debatte darüber führen, für welche Gesellschaft wir eintreten.“

Notwendigkeit einer Debatte, das klingt ganz so, also wolle er wieder eine neue sozialdemokratische Partei gründen.

Aber: nein, will er nicht, und wenn, wäre es wieder die alte. So Kram: *Welche Werte wollen wir im Zentrum unserer Gesellschaft haben, wollen wir eine Politik, die die Gesellschaft solidarisch zusammenhält, was müssen wir tun, damit unsere Kinder auf diesem Planeten* und so fort, gut möglich, dass er das selbst alles sagen musste, weil es der Künstlichen Intelligenz zu trivial war.

Die Anschlussfrage ist: „Oder wollen wir was anderes?“

TLZ-Gerlinde hat recherchiert, dass dieses Andere tatsächlich als reale Option manch Andersartigen als wählbar erscheint. Darum geht es also. Grundeissicherung.

Man ist nicht gewillt, den Leuten, die von diesem weltverschlossenen Gerede genug haben, ihren Überdross zu verzeihen.

Niemand bezweifelt, dass wir die schöneren Formulierungen bei Grünrot bekommen. Nun ist es aber so, wir haben inzwischen kennengelernt, was real passiert. Entweder ist das was ganz anderes, als es den Formulierungen nach vorgehabt wurde, oder es ist genau das, was dann eben so bezeichnet wird wie getan. Diese Frage braucht nicht debattiert zu werden.

Oder, wenn sie wollen, können sie ja machen, untereinander, sich gegenseitig immer wieder denselben Hyperquatsch erzählen. Aber nicht Zeitungsplatz damit zuschwärzen.

Die Schröder-Regierung hatte noch zeitungsseitenweise reklamiert: Wir haben verstanden. Jetzt wäre zu reklamieren: Wir haben nicht vor zu verstehen. Dafür gibt es die Zeitungsseiten gratis.

Der gesichert links eingestufte Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes ist nach herrschender Rechtsauffassung nicht für das Richteramt befähigt und ein sehr politischer Beamter, dem Buddha Informatives zum Thema falsche Identität zustecken könnte, und in einer Demokratie, denkt der wohl, arbeitet der Geheimdienst nicht geheim, sondern als Teil der Informationsgesellschaft. Es ist keine leichte Aufgabe, seinen Bossen, die gerade in äußerster Panik verfallen, zu sagen, was sie hören wollen, denn je weniger die Herrschenden demokratisch legitimiert sind, desto mehr wollen sie beliebt sein beim Volk. Oder sie setzen diesen Zustand einfach voraus, weil sie sich nichts anderes vorstellen können. Über politisch Ungeschulte zu herrschen geht nur, wenn die das auch wollen. In Jena ist das der Fall, im Umland wäre noch Informationsarbeit zu leisten.

Der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes hat, wie sich vielleicht herumgesprochen hat, den „Bodensatz“ bei zwanzig Prozent ausgemacht.

Darum fragten wir bei der Pressestelle des Landesamtes für Verfassungsschutz: Welche Schicht kommt über dem Bodensatz und wie groß ist sie? Eine Antwort blieb aus. Der Geheimdienst weiß eben doch nicht alles.



# Bisheriger Tiefpunkt (Stand heute) der Kolumnenmacherei: „Streit bis aufs Messer mit denen, die wissen, wie Retten geht“

Eine TLZ-Meinungskolumne trägt den Titel „Überall ist Wut“, was ganz sicher von Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Menschenwürde des Redakteurs gedeckt ist. Nur, so groß kann die Wut nicht sein, wenn man sich solche Kolumnen bieten lässt. Er steigt ein mit augenzwinkernden Monstrositäten aus dem Garten in Verbindung mit dem Jahresurlaub, wer kennt das nicht, um einen Absatz lang ernst zu werden: „Monströs scheint es aber auch, dass es sich Innenminister Georg Maier am Montag in Jena (Lokalseite 15) als ganz selbstverständliche Drohkulisse beschreiben lassen musste, wie Notfallmediziner und Rettungssanitäter im Alltag Gewalt erleben. Streit bis aufs Messer mit denen, die wissen, wie Retten geht.“ Das Monströse soll hier nicht der Innenminister sein, sondern die Drohkulisse, die für die Rettungskräfte halt nicht nur Kulisse, sondern Erfahrung ist.

Das hat schon „Mann wird vermöbelt“-Qualität.

Beklagt werde von dieser „Gruppe von Helfern, dass sie anders als Polizei und Feuerwehr nicht automatisch psychotherapeutische Hilfe verfügbar hat. Vielleicht weil dieses Stück schaurige Normalität zu schnell Normalität geworden ist, um schon allgemein bekannt zu sein?“

Im folgenden Absatz wieder gute Nachrichten. Kollateraljournalismus. Schaurige Normalität, psychotherapeutische Hilfe, lauter Wörter aus dem Verharmlosungskasten, hier geht es ja nicht um

drohende Abwahl unserer demokratischen Politiker. Die harten Wörter müssen dafür vorbehalten bleiben.

Eine Frage hätten wir, wir stellen sie der Landespolizeidirektion, nämlich, ob die Personalien aus dem Notruf oder bei der Notauf-

sich grundsätzlich zwei Szenarien beschreiben:

1. Der Geschädigte meldet sich selbst bei der Polizei (z. Bsp. Verkehrsunfall oder Körperverletzung). In diesen Fällen wird es so gut wie nie zu Übergriffen auf das (durch die Polizei verständigte) Rettungspersonal kommen.

2. Der Notruf wird über Dritte veranlasst (Mitteler, Zeugen) welche eine ihrer Meinung nach hilfebedürftige Person festgestellt haben. Diese Einsätze haben wesentlich häufiger das Potential, dass es zu Übergriffen auf Rettungspersonal kommt, da die Geschädigten aus vielfältigen Gründen Hilfe ablehnen.

Sollten die Daten der Geschädigten bereits beim Notruf mitgeteilt worden sein, werden diese im Zuge der Ermittlungen bei Straftaten genutzt, andernfalls liefern die ‚Rohdaten‘ des Notrufs meistens eine brauchbare Ausgangslage für die Ermittlungen.“

Der Polizei ist also besser als der Presse bekannt, dass es Täter gibt, wobei es

nachrangig ist, ob die polizeibekannt wären. Dass der „Streit bis aufs Messer mit denen, die wissen, wie Retten geht“, demnach nicht der häufigste Fall ist, wird den Kolumnenschreiber nicht beeindrucken, der geht davon aus, dass es überall so zugeht wie bei Journalisten, die es besser wissen.

Es dürfte nicht der letzte Tiefpunkt der Presse gewesen sein. ●



nahme zur Ermittlung der Tatverdächtigen nutzbringend sind.

Wir bekamen die Auskunft, „dass ein Großteil der Notrufe für medizinische Einsätze über die 112 läuft und für diesen Anteil auch nur die Feuerwehr/Rettungsdienste auskunftsfähig sind.“

Für den Teil der in Rede stehenden Einsätze, welche aus Notrufen über die 110 erwachsen, lassen

## Einblicke in den Geisteszustand von denen da oben

Der Thüringer Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur kam auf die Idee, was für die Zeitung zu schreiben, und es wurde gedruckt. Zur Zeit werden Artikel nachgefragt zum Themenkomplex „Abweichungen in Ostdeutschland von den demokratischen Konsensstandards unter besonderer Berücksichtigung der kollektiven Verlusterfahrungen“.

Er nun macht, so wird in der Einführung angekündigt, „*deutlich, was in der Demokratie jetzt Not tut.*“

Herbst 89, plötzlicher Schock der Horizonterweiterung, vermeintliche Sicherheit weg, Gelerntes war „*Ausgrenzung von Subkulturen, Christen, Nonkonformen, Behinderten und Ausländern. All dieses ‚Fremde‘ wurde mit Argwohn betrachtet, es sollte auf keinen Fall die eigene Sicherheit gefährden. So entstand ein Kollektiv, das sich selber schützte und dabei stützte.*“ Man habe fest zusammengestanden in der Machtlosigkeit gegenüber dem, was „*die da oben*“ entschieden und verlangten.

Der Verfasser vermeidet den Eindruck, er wäre immer nur mit dem Stoff befasst, für den er beauftragt ist; SED-Unrecht kommt gar nicht vor.

„*1989 war die ostdeutsche Mehrheitsgesellschaft auf einmal eine Minderheit.*“ Und das erklärt alles, das Folgende muss hier nicht noch weiter präzisiert werden.

Dass „*die da oben*“ jetzt demokratisch legitimiert seien, konnte nicht ausgleichen, dass der Staat sie nun weniger bevormunde, „*hatten sie sich doch bis 1989 an seine diktatorische Fürsorge gewöhnt.*“

So wie was? Wie die Merkelpandemie? Keine Öffnungsdiskussionsorgien? Vermutlich; da waren es ja auch nur die randständigen Steuerbordvulgaristen, die sich mit Querleugnern gemeinmachten, um unsere Demokratie anzugreifen.

Mit „*Zukunftsfähig sind wir, wenn wir einander zuhören und dabei zugleich illiberaler und destruktiver Politik entgegentreten*“ schließt der Artikel von erhellender Klarheit. Denn hier sieht

man unverhohlen, was bei Hofe über die da unten gemeint wird.

Wenn Sie mal in die Verlegenheit kommen, zu denen zu gehören, die entsetzt gefragt werden: „Was soll denn wieder wie DDR sein? Was? Sag doch mal, was? Wo siehst du was wie DDR?“, dann können Sie auf diesen Artikel verweisen. Mit ein paar stilistischen, nicht entstellenden Sprachanpassungen könnte der in der Endphase der Honeckerei in derselben Zeitung gestanden haben.

Der Unterschied ist nur, dass die da oben jetzt mehr sind und besser bezahlt werden. Gleiche Haltung: Die Leute aus der Alltagsrealität sollen endlich im Bewusstsein ankommen.

Oder haben wir da etwas missinterpretiert? Will der Beauftragte denen da oben dezent mitteilen, dass sie sich demokratisch aufzuführen haben?

Wir baten ihn um die Klarstellung, ob er den implizierten Mangel beziehungsweise die Obliegenheit, einander zuzuhören, auch bei denen, die als „*die da oben*“ gesehen werden, verortet, und baten um die Auskunft, welche Empfehlung er den Bürgern gebe, worauf sie zu achten haben, um es zu erkennen, wenn der Fall einträte, dass staatliches oder staatsnahes Handeln nicht mehr demokratisch legitimiert wäre oder illiberale und destruktive Züge angenommen hätte.

Hat er uns nicht gesagt, vielleicht befasst er sich mit der Frage, wenn er aus der Sommerpause zurückkommt und überlegt, wieviel uns seine Antwort wert zu sein hätte, er ist schließlich Experte.

Vielleicht müsste er die Antwort erst mit der Partei absprechen.

Oder er teilt uns mit der Nichtbeachtung konkludent mit: Hier gibt es nichts aufzuarbeiten! Gehen Sie weiter!



# Studenten gegen die Kriminalisierung von Kriminalität

Ist jetzt weder neu noch überraschend, wir haben es bei den Medien mit einem Konglomerat altmerkelistischer grünbetonierter supraleitfähiger Konformismus-süchtiger nach Negativauslese zu tun. Aber was wächst so nach? Wird da was?

Die Jenaer Studentenzeitung heißt auch Akrützel, Studentisches genaugenommen, wird vom Studentenrat finanziert, so dass jede Budgetkürzung als Vertreibung aus dem Schlaraffenland empfunden wird. Die sind nicht an pressekodifizierte Mäßigungsmaßgaben gebunden. Die halten sich nicht erst mit Greta und Luisa auf, da ist gleich Lina.

Die sind professionell genug, um zu wissen, dass ein Titel „Thüringen, ein Land zwischen Grünrot und linker Gewalt“ kein „Hä, wieso?“ auslösen würde, darum titeln sie das Gegenteil.

Kriminalisierung von Antifaschisten stoße auf fruchtbaren Boden, Solidarisierung mit Lina E. sei nicht das offizielle Narrativ, und wer sich echauffiert über linke Randalierer in Gänsefüßchen, tue das in Folge systematischer Propaganda des Staates und rechter Medien, die den Diskurs bestimmen. Das steht in einem Absatz, und der Rest des Heftes ist auch nicht anders.

So ist die ganze Seite mit dem Artikel eines aggressiven Linken, für die Zeit des Artikelschreibens nur gewaltbereit. Es komme auf die Gesinnung an, und wenn diese in der Selbsteinschätzung antifaschistisch sei, sei der Grund für die Gewalttätigkeit eben bei den Faschisten zu verorten.

So verläuft es aber nicht. Er ist schlecht und weiß es, woraus er schlussfolgert, es müsse noch Schlechtere geben, und das sind dann eben schon die Faschisten.

Die verurteilte Schwerekriminelle Lina E. wurde aber nicht von den Medien kriminalisiert,

sie wurde von ihrem eigenen linken Umfeld und den staatsfinanzierten Strukturen, die mit Gewaltdrohung ihre Meinungsmacht durchsetzen, kriminell gemacht.

Bezahlt wird das von der verfassten Studentenschaft.

Wer es nicht glaubt oder für übertrieben dargestellt hält, kann in die Universität gehen und ein Heft angucken, die liegen da noch länger.

Niemand moniert hierzu irgendwas mit Extremismus oder Geschichtsverharmlosung oder Salonfähigmachung oder auch nur Milieufähigmachung, aber was wäre los, wenn in Jena jemand die Totenkopffahne von einem Fahrrad reißen würde. Der Staatsschutz würde aufgestockt.

Wobei wir vielleicht der Universität unrechttun. Die Pressefreiheit ist da als ein hohes Gut bekannt, aber es gab mal einen Präzedenzfall. Darum fragen wir bei der Pressestelle der Uni: Gilt die Distanzierungserklärung der FSU zum unique-Fall analog?

Sind schon im Ferienmodus.

Es handelt sich auch nicht um vergleichbare Fälle; bei unique gab es keine Gewaltdrohung. Niemand der Gesichtzeiger hätte damit zu rechnen gehabt, dafür verprügelt zu werden.

Wir sind stolz, dass die in Deutschland gewalttätige Strömung sagt: Ich bin der Antifaschismus.

Noch steht in der Studentenzeitung, dass faschistisch ist, wer den Linksfaschismus nicht bejubelt. Bald sind wir wieder so weit, dass wir das selber schreiben müssen und abgefragt werden. Wir Älteren erinnern uns. Wir konnten das richtig gut.

Wir wissen auch, dass es den selbstermächtigten Terrorbonzen nie genügt.

Wir haben aber auch die Phase erlebt, die zeigte, dass es so nicht zu sein braucht.

Das nun könnte, in den Worten eines Beauftragten der Bundesregierung, auch von bürgerlichen Faschos kommen.



## Doch noch was mit Katrin Göring-Eckardt

Eigentlich wollten wir die thematisch umgehen. Aber sie hat sich selber aufgedrängt, sie musste auf Deutschlandfunk im Frühstücksprogramm rotzen, dass sie sich auf Sommertour oder Demokratietour durch das Land begibt.

Da reitet sie – bildlich gesprochen, sie wird sicher kutschiert – auf Steuerzahler- und Klimakosten zu den Menschen draußen im Lande, um, so sagt sie, sich die Ängste zum Beispiel in Verbindung mit dem Heizgesetz anzuhören, wobei sie auch auf Leute treffe, die draußen schreien und erst mit Schreien aufhören, wenn sie merken, dass drinnen demokratisch geredet wird.

So was aber auch. Was schreien die denn? „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Heizung klaut“? Das wäre kulturelle Aneignung und Falschbenachrichtigung, denn niemand hat eine diesbezügliche Absicht.

Die da schreien oder den Bürgern eine Stimme geben, hätten auch andere Hobbys, wogegen Katrin Göring-Eckardt macht, womit sie reich geworden ist.

Das Thema auf Dialog und Emotion zu lenken, ist ein propagandaktischer Trick, es handelt sich nämlich um einen Themenwechsel. Angst und Ängste, konkrete oder diffuse, sind keine politische Kategorie. Man kriegt einfach das Gruseln, wenn man die sieht, aber das ist nicht das Entscheidende. Die Vorbehalte werden dieselben sein wie die der Parlamentarier, deren verfassungsmäßigen Rechte durch die Ampel verletzt wurden, aber die konnten klagen.

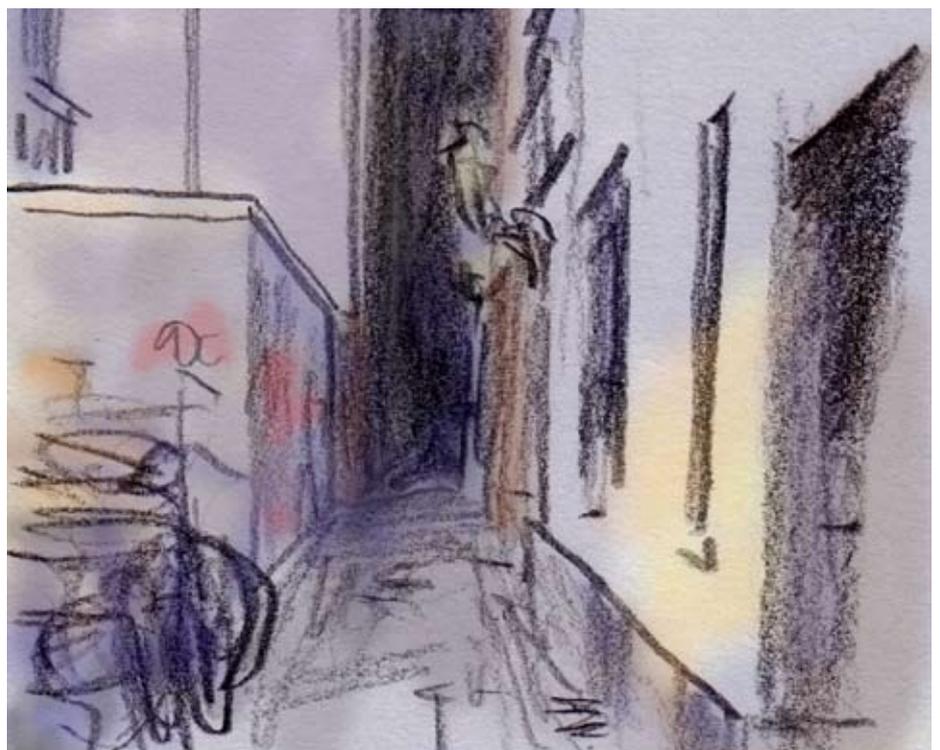
Heizgesetz, das ist das, wovon Robert Habeck gar nicht wollte, dass bekannt würde, was er vorhat. Er war sehr angefressen, als was durchsickerte. Diese Leute wollen was von Demokratie erzählen. Man konnte es vorab wissen;

das war zu lesen bei denen, über die Cem Özdemir bei Lanz sagte, die denken sich Sachen aus, die nicht stimmen.

Katrin Göring-Eckardt könnte auch was reden darüber, ob die Politik, die sie forciert, eine Wirkung bei den Geschäften ihres Ehemannes hat. Diese Art von Ehegattensplitting wird zu wenig beachtet. Sie braucht sich dazu nicht zu äußern, aber soll dann auch nichts von Demokratie erzählen.

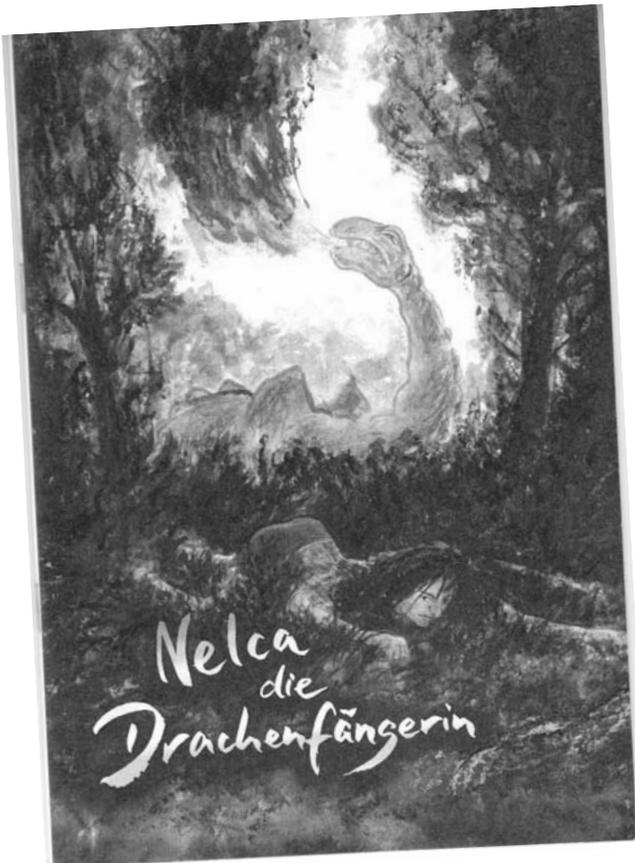


### Jenaer Impressionen





Das Buch zum Zustand.  
[www.solibro.de](http://www.solibro.de)



Bilderbuch-Klassiker

*Nelca, die Drachenfängerin*

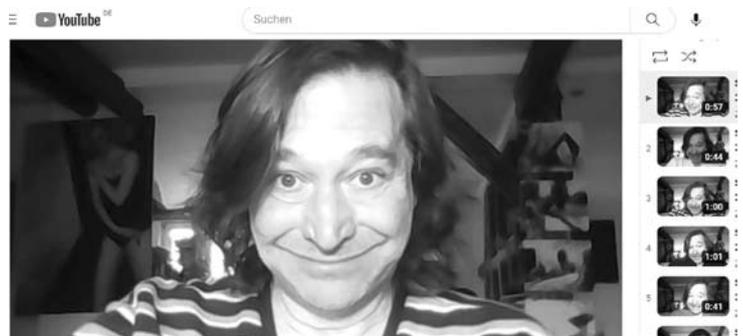
Kostenloses Gratis-PDF für 0,- Euro zum Umsonst-Herunterladen ohne Bezahlschranke auf [www.zellerzeitung.de](http://www.zellerzeitung.de) unten bei den Klassikern

DAS HIGHLIGHT FÜR IHRE GÄSTE, DIE SCHON ALLES HABEN: BEKANNTER KARIKATURIST ZEICHNET ALLE, DIE DAS WOLLEN, ALSO ALLE



IM RAUM JENA ~~AB~~ BIS 300,-EURO  
(03641) 619434

Müssen Sie gucken  
**Senior-Influencer**  
auf YouTube oder [www.zellerzeitung.de](http://www.zellerzeitung.de)

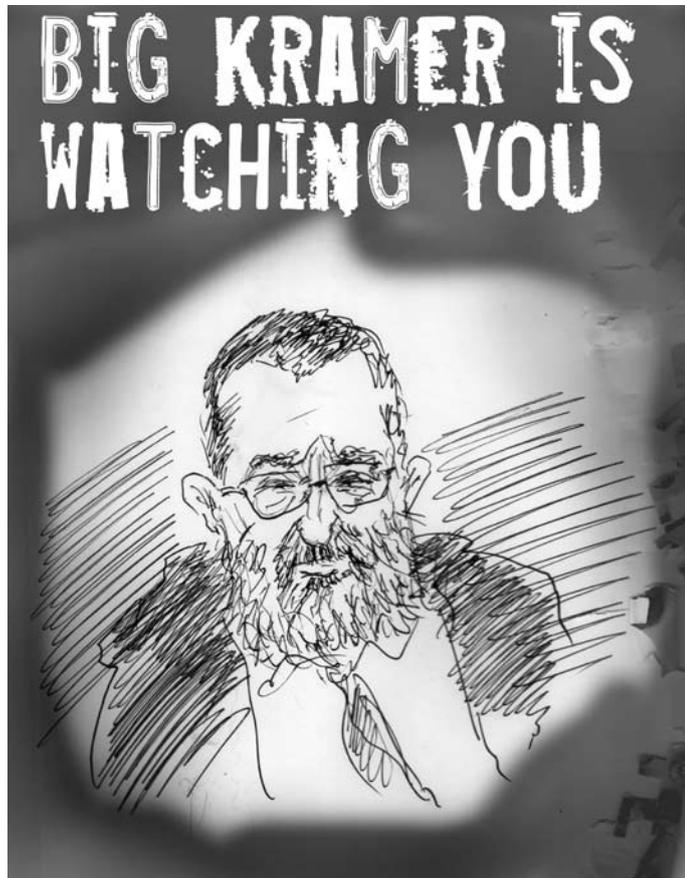


100 Cartoons, 20,- Euro,  
[www.solibro.de](http://www.solibro.de)



### Ist das noch Satire?

Verfassungsschutzfeindliches Meme geht viral



Den aktuellen Geheimdienstchef in die Nähe eines Totalüberwachers zu rücken, ist seit den Siebzigern kabarettistischer Standard. Aber noch nie traf es einen, dessen Kompetenz unbestritten auf einer Höhe mit Haldenwang angesetzt wird. „Hier haben wir es mit einer staatsrelevanten Delegitimierung des Verfassungsschutzes zu tun“, sagt ein Sprecher. Das Meme geht in einschlägige Ecken des Internets, wo es Feuer auf fruchtbaren Boden gießt. Fakt ist, die Mehrheit hält den Bodensatz für größer als die angesetzten 20 Prozent, bei mindestens 70, das zeigen Erhebungen.

### Großer Wurf: Minister verordnet Pflichtfach Schulgerechtigkeit

Wenn seit Generationen Bildung mehr vererbt wird als Intelligenz, muss die Schule das nötige Bewusstsein für den Ausgleich schaffen. Längeres gemeinsames Lernen von Benachteiligungsstrukturen wird von Experten empfohlen. Die Lehrkräfte werden entsprechend geschult.



Minister bei der Übergabe der Verordnung

#### DAS MEINT DER KOMMENTATOR

*Uns geht es genau wie allen, wir verstehen es nur besser*



*Niemand sollte einen Hehl daraus machen, dass gerade und vor allem in Zeiten hohen Handlungsdrucks die gebotene Eile nicht zu Schnellschüssen führen darf. Es ist kein Zufall, dass gehörige Zweifel angebracht sind. Der Fokus muss auf die Themenfelder gerichtet bleiben.*

### Parlamentarische Sommerpause: FDP-Abgeordnete schreiben sich gegenseitig Aufforderungen zum Umkippen, um nicht aus der Übung zu kommen



Sommerzeit ist nicht nur die Zeit, wo die Klimakrise ihr wahres Gesicht zeigt, das darin besteht, eben nicht zugleich Chance zu sein, auch die Abgeordneten fallen in ein Sommerloch. Noch zwei Jahre muss die Ampel durchhalten, das bedeutet vor allem für die FDP, sich nicht mit den Bürgern gemein zu machen. Um im Regierungsfähigkeitsmodus zu bleiben und um Koalition zu können, schicken sie sich in einer Selbsthilfe-Chatgruppe absurde Gesetzestexte, einige davon selbst ausgedacht oder leicht entschärft aus den Ausschüssen, um sich nicht zu entwöhnen. So geht Verantwortung.